

„EU reagiert oft zu zögerlich“

Von unserem Mitarbeiter
Daniel Reinemuth

HOCKENHEIM. Für die Parteien geht es zwei Wochen vor der Bundestagswahl in die heiße Phase des Wahlkampfes. Um auch die letzten Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, luden der SPD-Ortsverein Hockenheim und die SPD-Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ zu einem Themenabend rund um die „Europäische Union“ ins Stadthalenrestaurant „Rondeau“. Zu Gast bei der Wahlkampfveranstaltung war Evelyne Gebhardt, Vizepräsidentin des EU-Parlaments, die sich den Fragen von Bundestagskandidatin Neza Yildirim stellte.



24. 9. WAHL DES
BUNDESTAGS

Gebhardt lobte das Engagement Yildirims in der deutschen Politik. „Die SPD steht für eine weltoffene, internationalistische Politik, die Chancen für Migranten und Frauen ermöglichen soll. Die Kombination Frau und Migrantin im Bundestag ist eine gute Sache, sorgt für andere Sichtweisen und ist ein Zeichen gelungener Integration“, so Gebhardt.

In einer Art Interview besprachen Yildirim und Gebhardt aktuelle Themen, die die EU bewegen, darunter die Richtung der Politik in Polen und Ungarn. Gebhardt kritisierte die Justizreform der polnischen Regierung als Auflösung der Gewaltenteilung. „Die EU agiert bei Angriffen auf die Rechtsstaatlichkeit zu zögerlich. Die Sozialdemokraten haben oft versucht, Resolutionen in der EU einzubringen, leider ist uns das wegen fehlender Mehrheitsverhältnisse bisher nicht gelungen“, so Gebhardt. Des Weiteren betonte sie, dass die EU keine Wirtschafts- sondern eine Wertegemeinschaft sei, deren Werte der Solidarität und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden müssten.



Wirbt für die EU: Evelyne Gebhardt (rechts) bei der SPD-Infoveranstaltung im Gespräch mit Bundestagskandidatin Neza Yildirim.

BILD: LENHARDT

Ein weiteres wichtiges Problem der EU bildet der Brexit, bei dem es „schwer vorauszusagen“ sei, wie dieser weiter verlaufen wird. Gebhardt kritisierte die fehlende Vorbereitung der Briten sowie deren Obstruktionspolitik auf die Austrittsverhandlungen stark.

Als besonders problematisch sieht sie den Status und den Verbleib von britischen- und EU-Bürgern sowie die Renten- und Sozialversicherungen, deren Zukunft noch nicht geklärt sei. Zwar gebe es einige Bestrebungen, den Brexit noch umzukehren, Gebhardt sieht diese Chance aber nicht und rechnet frühestens in 30 Jahren mit einer erneuten Annäherung.

Flüchtlingspakt verteidigt

Das Verhältnis mit der Türkei bildete einen weiteren Gesprächspunkt des Abends, bei dem Gebhardt die Politik Merksels und sogar des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz kritisierte. Erdogan sei zwar ein „unvernünftiger Regierungschef“, einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen halte sie aber für falsch, vielmehr vertrete sie ein „Einfrieren“, um der Türkei eine Zukunft in der EU nicht zu verbauen. Gebhardt verteidigte außerdem den

Flüchtlingspakt, denn die Aufnahme von Flüchtlingen sei eine „Frage der Menschlichkeit“. Außerdem müsse noch mehr getan werden, denn die Flüchtlinge im Grenzgebiet der Türkei zum Irak seien dort noch immer in Gefahr.

Soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter bildeten weitere Themen des rund einstündigen „Interviews“ zwischen Yildirim und Gebhardt, in denen die EU-Vizepräsidentin die Politik der Union sowie des Schwarz-liberalen Blocks in der EU stark kritisierte und für eine sozialdemokratischere Politik eintrat. Die fehlende Unterstützung Deutschlands für ein Gleichstellungsgesetz auf EU-Ebene bezeichnete sie gar als „Armutzeugnis“ und stellte das Engagement der Union für mehr soziale Gerechtigkeit auf nationaler- und EU-Ebene in Frage.

Kritik an Griechenland-Politik

Den zweiten Teil des Abends bildete die Podiumsdiskussion, bei der die EU-Politikerin den Anwesenden Rede und Antwort stand. Einer der Besucher fragte nach der Situation der Lkw-Fahrer in der EU, deren Arbeitskraft oft ausgenutzt werden

würde. Gebhardt führte an, dass die SPD sich gegen Ausbeutung einsetze und die Verkehrsunternehmen noch nicht unter Kontrolle gebracht seien.

Ein anderer Gast erkundigte sich über den weiteren Verlauf der Krise in Griechenland. Hier kritisierte Gebhardt insbesondere den verordneten Sparkurs. „Zur Zeit der Finanzkrise gab es in Deutschland Konjunkturprogramme, während die schwarz-geführte Politik von den Griechen nun das Gegenteil verlangt. Das ist eine unerhörte Politik. Hier brauchen wir eine Veränderung, vielleicht sogar einen Schuldenschnitt“, konstatiert Gebhardt.

Gegen große Volksabstimmungen

Eine weitere Frage bezog sich auf die „EU der Regionen“, bei dem der Nationalstaat in den Hintergrund treten und die EU als Staat fungieren solle. Die EU-Vizepräsidentin sieht dies grundsätzlich als „schöne Idee“, deren Richtung bisher aber noch fraglich sei. Im Gespräch seien hier lediglich transnationale Wahllisten, bei denen die Wahl über staatliche Strukturen hinaus gehen soll.

Eine andere Frage beschäftigte sich mit den oft geforderten Volksabstimmungen auf Bundesebene. Gebhardt betonte hierbei zwar das Mehrheitsprinzip am Beispiel von Stuttgart 21, bei dem sie die Gegner mahnte, das demokratische Ergebnis der Abstimmung anzuerkennen und befürwortete bürgerliche Partizipation auf lokaler Ebene. Einer Volksabstimmung auf Bundesebene steht sie aber kritisch gegenüber. Diese seien „leicht zu beeinflussen“ und in großem Maßstab, wie am Beispiel Brexit zu sehen sei, „sehr gefährlich“.

Das Plädoyer der EU-Vizepräsidentin für die Europäische Union scheint die Anwesenden überzeugt zu haben, erhielt sie am Ende der rund anderthalbstündigen Veranstaltung doch großen Applaus und stand für Bilder zur Verfügung.